

Schaufenster für das Jubiläum 2017

Als Plattform und Schaufenster aller Initiativen zum Reformationsjubiläum 2017 versteht sich das Luther-Forum Thüringen, das gestern gegründet wurde. Landesbischof Kähler hofft, dass so mehr Transparenz und Beteiligung möglich werde.

Von Karsten JAUCH

ERFURT. Thüringens Finanzministerin Birgit Diezel (CDU) brachte es auf den Punkt. Bei der Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum sollten Thüringen und Sachsen-Anhalt ohne Neid miteinander arbeiten. Schon 2007 hatte Sachsen-Anhalt vorgelegt, indem ein Lenkungsausschuss gegründet und ein Lutherweg eingeweiht wurde. So entstand der Eindruck, dass Thüringen das Nachsehen hat. Das Luther-Forum Thüringen, das gestern im Augustinerkloster gegründet wurde, will nun die Thüringer Veranstaltungen, Arbeitsgruppen und Initiativen bündeln. Das Luther-Forum ist als Schaufenster der Aktivitäten rund um die Lutherdekade geplant, sagte dessen Sprecher Thomas A. Seidel. Einmal im Jahr will man sich öffentlich präsentieren. Neben Kirchen, Landesregierung und den Lutherstädten Altenburg, Erfurt, Weimar, Schmalkalden und Eisenach seien auch private Interessenten eingeladen. Jeder sei willkommen, versicherte Landesbischof Christoph Kähler, um das kulturelle Erbe der Reformation lebendig zu halten. Finanzministerin Diezel forderte, das Jubiläum müsse mehr sein als ein Streit um Fördermittel für Baumaßnahmen. Werner von Trützschler vom Thüringer Kultusministerium verwies indes darauf, dass allein für die notwendigen Baumaßnahmen bis zum Jahre 2017 ein Investitionsbedarf von mehr als 60 Millionen Euro ermittelt worden sei. Bekannt sei aber auch, dass 18 Thüringer Museen schon jetzt 91 Veranstaltungen planen. Der Wittenberger Propst Siegfried Kasparick verwies auf das steigende internationale Interesse am Reformationsjubiläum, warnte aber vor einem Dominanzanspruch.

Exekution wegen Romanze aufgeschoben

Wegen einer angeblichen Liebesaffäre zwischen Richterin und Staatsanwalt in einem US-Mordprozess wurde die Hinrichtung eines Doppelmörders vorerst verschoben.

WASHINGTON.

Der Verurteilte Charles Dean Hood hatte das vor 18 Jahren gegen ihn verhängte Todesurteil mit der Begründung angefochten, wegen einer Romanze zwischen der Richterin und dem Ankläger sei sein Recht auf einen unparteiischen Richter und einen fairen Prozess verletzt worden. Ein Gericht in Texas befand am Montag (Ortszeit), Hoods eigentlich für Mittwoch geplante Hinrichtung müsse so lange ausgesetzt werden, bis der Vorwurf geklärt sei. Dazu sollten die beiden Juristen am Freitag vor Gericht aussagen – zwei Tage nach Hoods Exekutionstermin. Mehr als 20 US-Richter haben den texanischen Gouverneur Rick Perry zum Aufschub einer Hinrichtung um 30 Tage aufgefordert. Die Liebschaft habe „eine wichtige Auswirkung auf die Fähigkeit des Justizsystems gehabt, Herrn Hood einen unparteiischen und ausgewogenen Prozess zu ermöglichen“. Zu den Unterzeichnern des Appells zählt ein früherer Justizminister sowie ein Staatsanwalt, der an der Aufklärung der Watergate-Affäre beteiligt war. AFP

„Angst vor Stimmenverlusten“

Im TA-Gespräch: Petra Heß, SPD-Verteidigungspolitikerin, zur Diskussion um den Afghanistaneinsatz

Erst am Sonntag wurden deutsche Soldaten in Afghanistan wieder angegriffen. Ist die Bundeswehr im Kampfeinsatz?

Nein. Die Bundeswehr ist nicht in Afghanistan um zu kämpfen, sondern für Wiederaufbauhilfe und Stabilisierung. Sicher kommt es dabei zu Gefechten. Bis zur Mandatsverlängerung werden unsere Soldaten dabei weiter ein besonderes Angriffsziels sein. Die Taliban beobachten den Westen ganz genau und versuchen Einfluss auf unsere Politik zu nehmen.

Aber die schnelle Eingreiftruppe ist doch eindeutig ein Kampverband ...

... Ja, sie ist eine Kampfeinheit. Auch sie ist jedoch nicht

zum Angriff im Land, sondern fungiert in Gefahrensituationen als Feuerwehr. Ich habe vor Ort selbst erlebt, wie die Truppe einer Stammesgemeinschaft gegen die Taliban zur Seite stand.

Sie sprachen von einer Feuerwehr – es sind aber Soldaten. Sollte man die Dinge nicht unumwunden beim Namen nennen?

Unter dem Begriff Quick Reaction Force kann sich die Bevölkerung nur wenig vorstellen. Es ist eben eine Feuerwehr die zur Hilfe kommt, wenn es im wahren Sinne des Wortes brennt.

Verharmlosen Bundesregierung und auch die Koalitionsparteien durch manche Wortwahl die Gefahrenlage – auch



Petra HESS (49), Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages, sieht die Bundeswehr in Afghanistan nicht im Kampfeinsatz. Wohl aber sieht die SPD-Politikerin manche offizielle Wortwahl zur Gefahrenlage kritisch.

aus Angst vor Verlust von Wählerstimmen?

Auf uns lastet schon enormer politischer Druck, gerade weil die Bevölkerungsmehrheit den Einsatz ablehnt. Da schwingt die Angst vor politischem Bodenverlust stets mit – sicher auch in mancher Wortwahl.

Wie gehen Sie damit um?

Mich haben schon Menschen aus meinem Wahlkreis aufgefordert, ich solle unsere Soldaten zurück nach Hause holen – und ich würde nichts lieber tun. Aber das geht nicht. Viele Bürger sehen die Notwendigkeit all der Risiken des Einsatzes nicht recht begründet. Doch es geht auch um unsere Sicherheit hier in Deutschland.

Also streuen beispielsweise Die Linke oder manche Grünen Sand in die Augen der Menschen, wenn sie ein Ende des „Krieges“ fordern?

Ja, das ist politischer Opportunismus und verkennt die Realitäten. Ich würde mir wünschen, dass die Abgeordneten der Linken die ihnen offen stehende Chance nutzen würden, sich in Afghanistan einen persönlichen Eindruck zu verschaffen. Soweit ich weiß, hat das nämlich noch niemand von ihnen getan. Dann würden sie sehen, welche Fortschritte für die Menschen und die Menschlichkeit am Hindukusch bereits erreicht wurden. Das müssen wir den Bürgern besser vermitteln.

Gespräch: Christian FRÖHLICH

THÜRINGEN

Netzwerk krimineller Rocker

Kriminelle und als gewaltbereit geltende Motorradgangs sind nach Angaben des Innenministeriums über Thüringen verteilt.

Von Kai MUDRA

ERFURT. Unter Beobachtung Thüringer Sicherheitsbehörden stehen offenbar neben dem „Bandidos MC“ in Jena und Weimar sowie dem Ableger „Chicanos MC“ in Apolda auch der „Stahlpakt MC“ mit elf Gruppierungen im Land sowie der „Red Devils MC“ Saalfeld und die „Road Eagles“. Neben der Polizei interessiert sich der Verfassungsschutz für das Treiben der Motorradgangs im Freistaat, als einen der Schwerpunkte bei der Vorfeldbeobachtung organisierter Kriminalität.

Die Linkspartei warf den Sicherheitsbehörden vor, die Rockerkriminalität in Thüringen seit Jahren zu unterschätzen.

Zu den Bandidos, die vor kurzem durch den mysteriösen Tod eines Anwerfers in Weimar aufgefallen waren, erklärte das Innenministerium gestern, dass zehn feste Mitglieder sowie drei Probanden und sieben Anwärter bekannt seien. Einige der Lebensgefährtinnen der Gangmitglieder würden in Jena, Erfurt und Weimar der Wohnungsprostitution nachgehen. Daraus hätten sich bisher aber keine strafrechtlichen Delikte ergeben, hieß es in der Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion. Zudem sollen Bandidos in den vergangenen Jahren bei Auftritten der rechten Szene aber auch durch das Verwenden verfassungsfeindlicher Kennzeichen aufgefallen sein. In einem Fall wurde Schutzgelderpressung bekannt. Zudem ermittelt die Staatsanwaltschaft Gera gegen mehrere Gang-Mitglieder.

FDP-Parteitag in Zeulenroda

ERFURT. Die Thüringer FDP will auf ihrem Parteitag am Wochenende turnusgemäß einen neuen Vorstand wählen. Nach TA-Informationen werden Dirk Sterzik, Kreischeff im Ilmkreis, und Heidemarie Bischoff aus dem Wartburgkreis aus dem Vorstand ausscheiden. Als Nachfolger gilt unter anderem der Landesvorsitzende des Liberalen Mittelstands und Erfurter Kreischeff, Thomas Kemmerich. Unklar ist, ob sich der Ostthüringer Daniel Scheidel wieder zum Stellvertreter von Parteichef Uwe Barth wählen lassen will. Nach einer Drogen-Affäre war der 48-Jährige als Referatsleiter für Wirtschaftsförderung der Stadt Altenburg entlassen worden. Sein Amt als Kreisvorsitzender und Landesvize ruht derzeit. Die Kandidaten für die Landtags- und Bundestagswahl sollen erst auf einem Parteitag am 6. Dezember nominiert werden. Nach eigenen Angaben hat die FDP derzeit etwa 1800 Mitglieder.

Protest gegen Aufmarsch

ALTENBURG. Mit einer gemeinsamen Erklärung haben sich elf Oberbürgermeister – aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt – für einen stärkeren Einsatz gegen Rechtsextremisten ausgesprochen. Sie reagierten damit auf den für Samstag geplanten Nazi-Aufmarsch „Fest der Völker“ in Altenburg. Die Politiker wollen nach eigenen Angaben ein klares Signal an die Einwohner, aber auch an die Rechtsextremen setzen, „dass braunes Gedankengut in unseren Städten unerwünscht ist“. Neben Altenburg sind die Städte Borna, Chemnitz, Crimmitschau, Erfurt, Gera, Jena, Plauen sowie Weimar, Zeitz und Zwickau vertreten.

Von allem mehr

Deutsches Afghanistan-Engagement wird intensiviert / Angriffe auf Bundeswehr

Das Bundeskabinett hat die Ausweitung der deutschen Anstrengungen in Afghanistan beschlossen. Indes gerät die Bundeswehr immer öfter ins Fadenkreuz von Angriffen. Scheinbar versuchen die Taliban mit Anschlägen gezielt die öffentliche Meinung vor der anstehenden Mandatsverlängerung zu beeinflussen.

Von Christian FRÖHLICH

BERLIN/ERFURT. Zwar hatte sich Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) bei einem TV-Interview gestern um einen Tag vertan. An der Tatsache, dass es einen neuen Anschlag gegeben hat, ändert dies aber nichts. Bereits am Sonntag, nicht Montag, kam es zum jüngsten Angriff auf deutsche Soldaten in Afghanistan. Offenbar mit Raketen wurde der Stützpunkt des Wiederaufbauteams (PRT) in Kundus angegriffen. Drei Geschosse schlugen dabei auf dem Flugplatz des PRT ein, eine Rakete in das Lager selbst. Wie das Einsatzführungskommando der Bundeswehr dieser Zeitung bestätigte, kam es dabei weder zu Personen-, noch zu nennenswertem Sachschaden. Glimpflich verliefen auch zwei Attacken, die sich am Samstag ereignet hatten. Mit sogenannten improvisierten Sprengsätzen, also selbstgebasteten Sprengfallen, die meist am Straßenrand durch Vorbeifahren ausgelöst werden, wurde eine Einheit der schnellen Eingreiftruppe (Quick Reaction Force) angegriffen. Die Kampfeinheit war auf dem Weg von Kundus nach Masar-i-Scharif.



HARTES TRAINING: Soldaten der schnellen Eingreiftruppe werden in Übungen auf Angriffe vorbereitet.

ZAHLEN & FAKTEN

4500

Mann soll die Obergrenze für deutsche Soldaten in der internationalen Schutztruppe ISAF künftig betragen. Die zusätzlich 1000 Mann seien nur Reserve.

140

Millionen Euro stellt die Bundesrepublik für den jährlichen zivilen Wiederaufbau bis 2010 zur Verfügung. Das entspricht 40 Prozent mehr als bisher.

2,634

Milliarden Euro kostete der Streitkräfteeinsatz in Afghanistan bisher. Dies errechnete der Bundestagsverteidigungsausschuss aus Kostenkalkulationen.

Fernsehen bei Vergewaltigung

Inzestfall in Polen erinnert an Amstetten / Vater missbraucht Tochter und zeugt mit ihr zwei Söhne

Die Mutter guckte Fernsehen, wenn ihr Mann die Tochter vergewaltigte. Das Martyrium einer jungen Polin fand nach sechs Jahren sein Ende. Jetzt sucht die Polizei nach den beiden Söhnen aus der Inzestbeziehung.

Von Gabriele LESSER

WARSAU. Zweimal in der Woche habe ihr Mann die 14-jährige Tochter vergewaltigt. Immer von 20 bis 21 Uhr. „Ich habe in der Zeit Fernsehen geguckt“, bekennt Teresa B. tonlos. Sechs Jahre lang habe er die Tochter immer wieder eingesperrt, wenn sie ihm nicht zu Willen sein wollte, sie geschlagen, vergewaltigt und zwei Kinder mit ihr gezeugt. Die Mutter der heute 21-jährigen Alicja zuckt mit den Schultern: „Als ich mit ihm reden wollte, sagte er, dass er ein Recht auf sie habe und ihm auch ein bisschen Entspannung zustehe.“

Der Missbrauchsfall von Grodzisk erschütterte ganz Polen. Denn der Inzestskandal im ös-

terreichischen Amstetten liegt noch nicht allzu lange zurück. Damals hatte Josef F. seine Tochter 24 Jahre lang in ein Kellerverlies gesperrt, sie regelmäßig missbraucht und sieben Kinder mit ihr gezeugt. Nun starben die Polen entsetzt auf ein Holzhaus in einem Dorf Nordostpolens. Dort wohnte die Fa-

milie bis vor kurzem unter einem Dach. „Wir hatten Angst“, berichtet die Mutter. „Er drohte uns offen mit dem Tod. Er lachte, dass wir zu dumm seien, um ihm irgendetwas nachzuweisen, und die Polizei zu dämlich, um ihn zu schnappen.“

Als der 45-jährige Vater aber vor einigen Tagen mit der Axt in

der Hand und mit zwei Kumpen ins Haus ihres Verlobten einbrach, sie entführte, zur Großmutter brachte und dort in ein Zimmer einsperrte, war das Maß voll. Mutter und Tochter gingen zur Polizei. Erst Tage später konnte Krzysztof B. in Siedlce verhaftet werden. Er war auf der Flucht. Mit einer Reise-

tasche in der Hand wartete der arbeitslose Kraftfahrzeugmechaniker auf den Linienbus nach Italien. In Polizeigewahrsam soll er den jahrelangen Missbrauch der Tochter zugegeben haben.

Allerdings scheine er sich keiner Schuld bewusst zu sein. Die Schuld treffe vielmehr die Tochter. Sie habe ihn verführt und zum Sex gezwungen, soll er gesagt haben. Wenn er nicht mit ihr schlafte, soll sie gedroht haben, gehe sie zur Polizei und zeige ihn wegen Vergewaltigung an.

Die Polizei, die Krzysztof B. für zunächst drei Monate verhaftet hat, sucht nun nach den beiden Söhnen Alicjas. Eine DNA-Überprüfung soll klären, ob der Vater Alicjas auch der Vater ihrer Kinder ist. Bei den Geburten soll er im Kreißsaal zugegen gewesen sein, die Tochter dann aber gezwungen haben, die Kinder zur Adoption freizugeben. Nachbarn waren die Schwangerschaften nicht aufgefallen, da die junge Frau das Haus kaum verließ. Besuchern gegenüber wie auch später im Krankenhaus sagte sie, der Vater der Kinder sei unbekannt.



ABGEFÜHRT: Auf der Flucht wurde Inzestvater Krzysztof B. gefasst und verhaftet.